Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e.V.
Wolfgang Kleindienst; stellvertr. Landesvorsitzender; 07381 Pößneck; Kastanienallee 4a;
Tel. 03647 423223 --- Mobil 0160 96461516; E-Mail: kleindienst@birso.de

Pößneck, den 01.11.14

Offener Brief an die Fraktionen des Thüringer Landtages von „Die Linke“, SPD und B90/Die Grünen

Straßenbau und Abwasserentsorgung gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge und sind damit gesamtgesellschaftliche, aus Steuermitteln zu finanzierende Aufgaben.
Für die Umsetzung ist eine Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes und der Thüringer Kommunalordnung erforderlich. Eine Mindestforderung wäre die Änderung des § 54 Abs. 2 ThürKO (Einnahmebeschaffungsgrundsatz) nach dem Beispiel des Freistaates Sachsen von einer Soll- in eine Kannbestimmung, wonach die Kommunen über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen selbst entscheiden können.
Die Bürgerallianz Thüringen, der Dachverband Thüringer Bürgerinitiativen, setzt sich seit 1995 für die Abschaffung der Zwangsbeiträge für Abwasserentsorgung und Straßenausbau ein. Mit der Bildung einer neuen Landesregierung aus „Die Linke“, SPD und B90/Die Grünen hoffen zigtausende betroffene Bürgerinnen und Bürger, dass diese Zwangsbeiträge mittels Gesetzesänderung abgeschafft werden.
Im Vorfeld der Landtagswahlen hatten wir bereits entsprechende „Wahlprüfsteine“ verschickt und danach eine Wahlempfehlung ausgesprochen, welche aus unserer Sicht das Wahlergebnis der Landtagswahlen mit beeinflusst hatte. „Die Linke“ und B90/die Grünen haben sich dabei für die Abschaffung der Zwangsbeiträge für Abwasserentsorgung und Straßenausbau im Thüringer Landtag ausgesprochen.
Die Bürgerallianz Thüringen fordert „Die Linke“, SPD und B90/Die Grünen auf, in den Koalitionsverhandlungen die Forderung zur Abschaffung der Zwangsbeiträge zu beraten und im Koalitionsvertrag mit aufzunehmen. Oberste Priorität hat dabei die komplette Abschaffung der Herstellungsbeiträge (Zwangsbeiträge) für Straßenausbau und Entwässerungseinrichtungen und die Änderung der Thüringer Verfassung, um zukünftig Volksbegehren und Volksentscheide über Abgaben und Gebühren zu ermöglichen.
Als Übergangslösung wäre für uns, nach dem Beispiel des Freistaates Sachsen, eine Änderung der entsprechenden Gesetze denkbar, wonach die Kommunen über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen selbst entscheiden können, indem die Satzungen nicht erlassen werden.
Mit der Aufnahme unserer Forderungen in den Koalitionsvertrag besteht die historische Chance, in Thüringen eine ungerechte und unsoziale Abgabenpolitik zu beenden und das Vertrauen in die Politik zu stärken. Die Abschaffung der Zwangsbeiträge bedeutet nicht nur eine Stärkung der Kaufkraft, sie ist auch eine Entlastung der Industrie- und Gewerbebetriebe und somit eine Stabilisierung der Wirtschaft, was wiederum Auswirkungen auf die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen hat. Weiterhin bedeutet sie auch eine dringend notwendige Entlastung des Verwaltungsaufwandes für Kommunen und Gerichte.
Für Rückfragen oder Gespräche stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Freundliche Grüße

i.A. der Bürgerallianz Thüringen
Wolfgang Kleindienst
stellvertretender Landesvorsitzender
http://www.buergerallianz.de